

Kurz und bündig

- Die **Ursache der Eurokrise** wurde in einer zu hohen Staatsverschuldung gesehen. Die Staatsschuldenquoten sind aber erst nach der Krise angestiegen. Die **Staatsschulden haben also nicht die Krise ausgelöst!**
- In den Krisenländern stieg vor allem die **Privatverschuldung** kräftig an. Eine Folge der zunehmend ungleichen **Einkommensverteilung**.
- Die EU reagierte mit **Kürzungen** bei öffentlichen Ausgaben, sozialen Leistungen und Druck auf die Löhne. Das hat die **Krise verschärft**.
- Durch direkte Eingriffe oder durch strukturelle Reformen der Tarifsysteme wurden die **Löhne in den Krisenstaaten** gesenkt.
- Der **Druck auf die Belegschaften** ist gewachsen, der **Standortwettbewerb** hat in der Krise zugenommen. Die **Tarifautonomie** muss verteidigt werden.
- Vor allem **Griechenland** leidet unter der Krise. Mittlerweile leben 35 Prozent aller Griechen unter der Armutschwelle.
- Die **expansive Geldpolitik** hat die **Lage** in der Währungsunion **stabilisiert**. Dauerhaft lösen kann die Geldpolitik die Probleme nicht.
- Mit der **Bankenunion** soll, nach Willen der EU, der Finanzsektor stabilisiert werden. Ein ungelöstes Problem dabei sind die **Schattenbanken**.
- Europa kann nur mit einer **Investitionsoffensive** aus der Krise kommen. Die Gewerkschaften fordern deshalb einen **Marshallplan** für Europa.
- Die derzeitige **leichte Erholung** bedeutet noch **keine Überwindung der Krise**. Es gilt jetzt, die richtigen Lehren aus falschen Entscheidungen der Vergangenheit zu ziehen.
- Für die falsche Krisenpolitik ist nicht nur die **Kommission** verantwortlich. Die **nationalen Regierungen**, auch die deutsche, setzen überwiegend auf ein „weiter so“. Es müssen die **politischen Mehrheiten** für die Schaffung eines **sozialen Europas** geschaffen werden.
- Das Wahlergebnis zeugt von einer **deutlichen Unzufriedenheit mit der bisherigen Krisenpolitik!**

Europa nach der Wahl

Ökonomie neu denken für ein solidarisches Europa!

Das war der Titel einer makroökonomischen Konferenz der IG Metall Ende April 2014 in Frankfurt, durchgeführt von den Vorstandsbereichen 01 (FB Grundsatz) und 04 (FB Internationales und Europa). Die Krisenursachen wurden benannt, die bisherige Krisenpolitik auf den Prüfstand gestellt und alternative Lösungswege diskutiert. Die Politik, über Kürzungen der öffentlichen Haushalte und Umverteilung die Krise zu überwinden, ist nicht nur sozial gescheitert, sondern auch ökonomisch. Europa braucht einen neuen Wachstumspfad.

Auch nach der Wahl gilt es, Mehrheiten für eine Wachstumspolitik zu organisieren. Die Überwindung der Krise bleibt auch für das neue Parlament auf der Agenda. Europagegner und Rechtspopulisten gewannen in wichtigen Ländern die Wahlen, legten im Europäischen Parlament (EP) insgesamt aber etwas weniger zu als befürchtet. Die sozialdemokratische S&D schloss trotz gutem Ergebnis in Deutschland schwächer ab als prognostiziert. Die linken europäischen Parteien (GUE/NGL) legten leicht zu und gewannen erstmals eine nationale Wahl in Griechenland. Die Grüne/EFA Fraktion verlor einige wenige Sitze im neuen Parlament.

Sowohl die Krisenursachen und mögliche Lösungsansätze, als auch die betrieblichen Auswirkungen und die prekäre Situation einzelner Krisenstaaten, insbesondere Griechenlands, sind in der Konferenz zur Sprache gekommen. Das Erstarken rechter Parteien ist eine politische Katastrophe. Die soziale Spaltung Europas ist nicht länger zu ignorieren. Konzepte für eine andere Politik liegen vor.



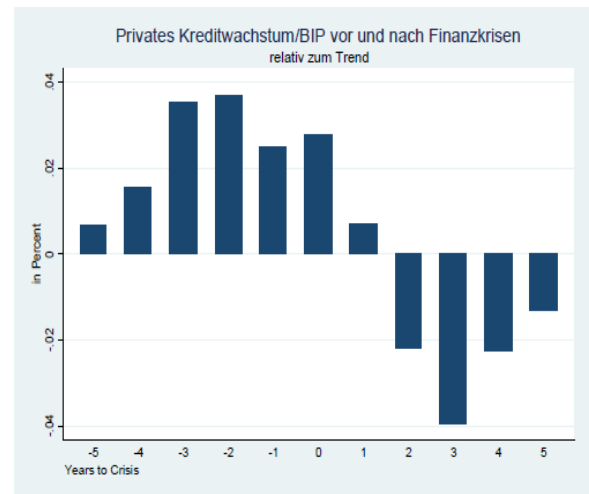
1. Krisenursachen

Im sechsten Jahr nach der Lehman-Brothers-Pleite haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion immer noch keinen nachhaltigen Wachstumspfad aus der Krise eingeschlagen. Zwar soll das Euro-Währungsgebiet im Jahr 2014 nach einer zweijährigen Rezessionsphase wieder positive Wachstumsraten verzeichnen und auch für die beiden kommenden Jahre gehen die Erwartungen in diese Richtung. Allerdings entwickeln sich die Mitgliedsländer der Europäischen Union und der Eurozone sehr unterschiedlich. Einerseits haben sich die nördlichen Mitgliedsländer stabilisiert und das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute prognostiziert für Deutschland Wachstumsraten von 1,9 Prozent (2014) und 2,0 Prozent (2015). Andererseits muss sich Griechenland, dessen Produktionsniveau im vergangenen Jahr um beinahe 25 Prozent unter dem des Jahres 2008 lag, erst noch aus einer seit fünf Jahren andauernden Rezession herausarbeiten.

Was sind die Ursachen für diesen schwierigen Weg aus der Krise? Diese Frage stellten wir im Rahmen der Makroökonomischen Konferenz an **Prof. Dr. Moritz Schularick** von der Universität Bonn. Seine Antwort: Entscheidend dafür ist eine Fehldiagnose der Krisenursache, die mitverantwortlich für eine falsche Krisentherapie war. Die Ursache wurde in einer zu hohen Staatsverschuldung gesehen, die es zu bekämpfen galt und letztlich zu einem europaweiten Schwur auf Konsolidierung der Staatsfinanzen führte. Ein Vergleich der Staatsschuldenquoten vor und nach 2008 zeigt jedoch, dass die Staatsschuldenquoten erst nach dem Krisenausbruch deutlich in die Höhe schnellten. Sehr eindrucksvoll kann dies für Spanien und Irland gezeigt werden. Spaniens Staatsschuldenquote (Staatsschulden/BIP) lag 2007 bei 35 Prozent. Der Staatshaushalt verzeichnete einen Überschuss des Primärsaldos in Höhe von drei Prozent in Bezug auf das BIP. In Irland betrug die Staatsschuldenquote 2007 25 Prozent und der Primärsaldo (ohne Zinszahlungen) des Staatshaushalts betrug weniger als ein Prozent bezogen auf das BIP. Spanien und Irland waren Muster Schüler der Eurozone. Sie erfüllten die Maastricht-Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vorbildlich: Staatsschuldenquote geringer als 60 Prozent, Staatsdefizit weniger als 3 Prozent.

Binnen kürzester Zeit brach das Finanzsystem Irlands und Spaniens zusammen. Die Wirtschaft geriet in die Rezession, die Arbeitslosigkeit stieg

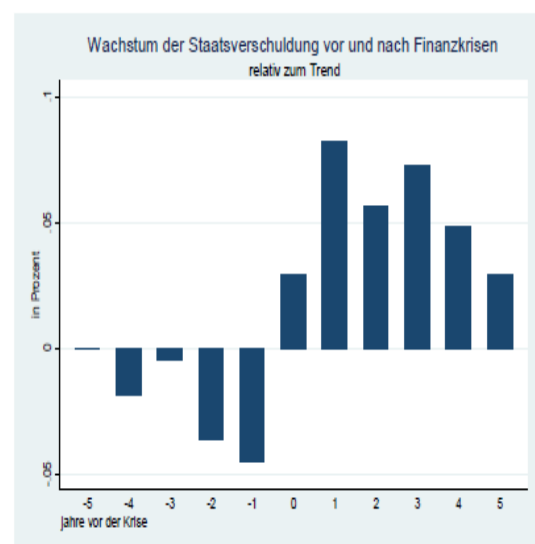
Der Weg in die Krise: Kreditboom im Privatsektor



Quelle: Foliensatz Prof. Moritz Schularick

dramatisch an und die Hilfe europäischer Partnerländer musste in Anspruch genommen werden. Die Lektion ist eindeutig. Eine Analyse der Staatsschulden hätte niemals auf den drohenden Ausbruch einer Krise hingedeutet, wohl aber eine sorgfältige Analyse der privaten Verschuldung, wie Schularick und andere bereits 2012 erkannten.

Staatsschulden steigen erst danach!



Quelle: Foliensatz Prof. Moritz Schularick

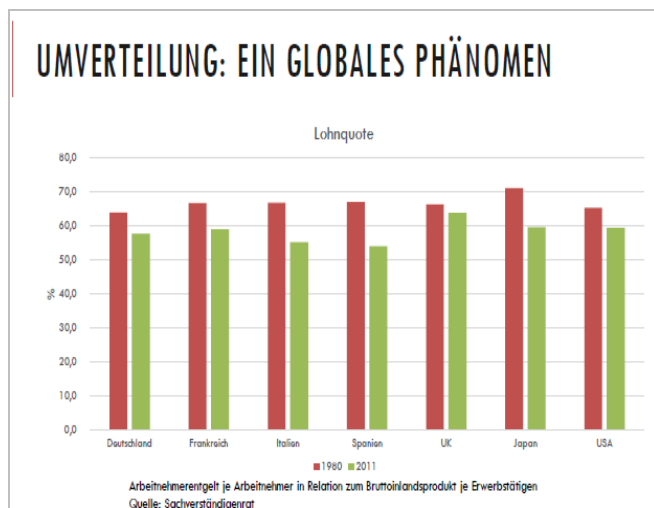
Schularick konnte gemeinsam mit anderen in verschiedenen Analysen nachweisen, dass der Anstieg der privaten Verschuldung regelmäßig in einem Zeitraum der letzten 140 Jahre (1870 bis 2010) ein Warnsignal für eine drohende Krise gewesen wäre, sofern es als solches wahrgenom-

men worden wäre.

Sein Vortrag lässt sich mit folgenden Thesen zusammenfassen:

- Finanzkrisen entstehen in der Regel im Privatsektor, nicht im öffentlichen Sektor.
- Wer Finanzkrisen vermeiden will, muss die Probleme der privaten Verschuldung verstehen.
- Staatsschulden steigen nach der Krise, nicht davor.
- Auch in der Eurokrise führte das Platzen der privaten Kreditblase in die Rezession und zum Anstieg der Staatsschulden.
- Die Staatsverschuldung ist weit von historischen Höchstständen entfernt und eine differenziertere Diskussion über fiskalpolitische Gestaltungsmöglichkeiten fehlt.

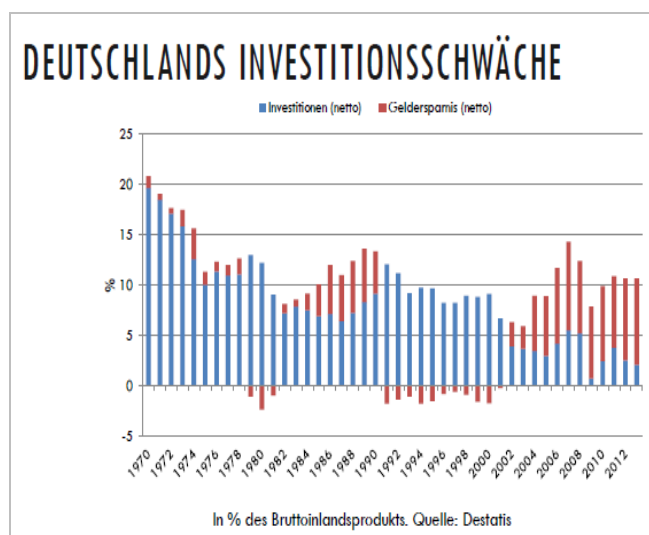
Zur Frage, warum es überhaupt im Vorfeld der Krise zu einem Anstieg der privaten Verschuldung kam, referierte **Prof. Dr. Peter Bofinger** von der Universität Würzburg in seinem Beitrag zur Konferenz mit dem Titel „Einkommensumverteilung und Krise“. In seiner Analyse grenzt Bofinger drei verschiedene Phasen der Weltwirtschaft ab, die sich darin unterscheiden, dass Einkommensungleichgewichte, die noch zu Beginn des Jahrhunderts bestanden, bis etwa 1980 abschmolzen und anschließend wieder zunehmen. Die Bezieher hoher Einkommen zählten zu den Gewinnern, andere hatten das Nachsehen. Insbesondere in den USA trat der reale Stundenlohn seit Anfang der 70er Jahre auf der Stelle. Dabei handelt es sich um ein globales Phänomen. Vergleicht man die Entwicklung der Lohnquote im Jahr 1980 in verschiedenen Ländern mit der im Jahre 2011, so zeigt sich, dass diese deutlich sank.



Quelle: Foliensatz Prof. Dr. Peter Bofinger

Begleitet wurde die Entwicklung im Zeitraum 1980 bis 2007 von einer Zunahme der privaten Verschuldung, die auch als wesentlicher Wachstumstreiber in dieser Phase wirkte. Besonders deutlich nahm die private Verschuldung in Ländern zu, die später am heftigsten von der Krise getroffen wurden. Nach 2008 löste eine deutliche Zunahme der staatlichen Verschuldung die Dynamik der privaten Verschuldung ab. Viele Maßnahmen zur Krisenbewältigung trieben die öffentlichen Schulden in die Höhe.

Parallel zur zunehmenden Privatverschuldung stieg aber auch die private Geldersparnis deutlich an, ein Ergebnis der zunehmend ungleichen Einkommensverteilung. Denn die Bezieher hoher Einkommen sparen einen größeren Anteil ihres Einkommens als die Bezieher niedriger Einkommen. Was für den einzelnen Sparer ein zusätzliches Zinseinkommen ermöglicht, kann für eine Volkswirtschaft zum Problem werden. Denn im selben Umfang, wie die Ersparnis steigt, schwindet die Konsumnachfrage. Kapazitäten werden nicht ausgelastet. Investitionen werden heruntergefahren. Der Preisdruck lässt nach, die Inflationsrate sinkt. Aufgrund enormer Leistungsbilanzüberschüsse und Ungleichgewichte in den Transaktionen mit dem Ausland erzielt Deutschland zusätzliche Ersparnis, die nicht im Inland für Investitionszwecke verwendet wird, sondern im Ausland. Dies trägt dazu bei, dass sich die langfristigen Wachstumsaussichten in Deutschland eintrüben.



Quelle: Foliensatz Prof. Dr. Peter Bofinger

Die massive Geldvermögensbildung, die auf der Suche nach lukrativen Finanzinvestments global zirkuliert und die expansive Geldpolitik haben das Zinsniveau weltweit, auch in Deutschland, drastisch sinken lassen. Attraktive Anlagemöglichkeiten fehlen. Investitionen im realen Sektor sind aufgrund unsicherer Absatzerwartungen wegen

der schwelenden Krise gering. Auch mangelt es aufgrund der vorherrschenden Austeritätspolitik und dem Bemühen, die Staatsschuldenquoten zurückzuführen, an öffentlichen Investitionen. So wird trotz des historisch niedrigen (realen) Zinsniveaus zu wenig investiert und der Weg aus der Krise sowie ein Wechsel auf einen höheren Wachstumspfad erschwert.

Prof. Bofinger schließt aus seiner Analyse:

- Einkommensumverteilung hat zu massiver Geldvermögensbildung des Privatsektors geführt.
- Bei einem nicht negativen Zins kann es nicht zu einem Gleichgewicht von Sparen und Investieren kommen.
- Staatsschulden sind unvermeidlich, wenn die Lücke zwischen Sparen und Investieren nicht durch Schrumpfen des Einkommens geschlossen werden soll.
- Die Inflationsgefahren sind deshalb auf absehbare Zeit gering.
- Die Weltwirtschaft befindet sich noch lange nicht im Normalzustand.

2. Europäische Krisenpolitik auf dem Prüfstand

Im ersten Block der Konferenz wurden die Krisenursachen herausgearbeitet. Private Verschuldung und ungleiche Verteilung der Einkommen haben sich dabei als wesentlich herausgestellt. Die Anti-Krisenpolitik der Europäischen Union ist dagegen darauf fixiert, über Kürzungen der öffentlichen Ausgaben die Staatsverschuldung abzubauen und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer mittels interner Abwertung (Lohnsenkungen) zu „verbessern“. **Wie eine solche Krisenpolitik angesichts der Hintergründe der Krise wirkt,** hat **Dr. Rudolf Zwiener** vom IMK beleuchtet.

Seit der Krise ist die Situation in den Krisenländern durch steigende Arbeitslosigkeit, zurückgehende Löhne und Lohnstückkosten und sinkende Investitionen gekennzeichnet. In der längeren Frist, etwa seit dem Jahr 2000, waren diese Länder dagegen durch ein starkes Wachstum geprägt. Ein Wachstum, was von Immobilienblasen in Spanien und Irland, deregulierten Finanzsektoren und Steuerdumping in Irland und Zypern und einer unfairen Arbeitskostenentwicklung in Deutschland begleitet war. Alles Faktoren, die letztlich zu starken Leistungsbilanzungleichgewichten geführt haben.

Die von der EU beschlossene und von der Troika aus EU-Kommission, Internationaler Währungsfonds und Europäischer Zentralbank umgesetzte Austeritätspolitik setzt nicht an diesen Problemen an. Es ist die falsche Medizin.

Austeritätspolitik als generelle Lösung durch Troika ein großes Problem

IMK Hans Böckler Stiftung

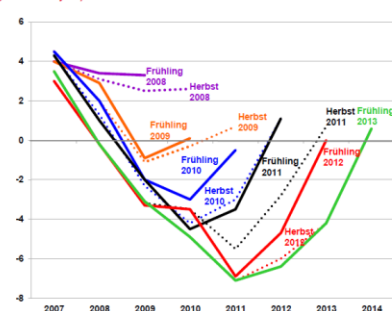
- Kürzungen bei Sozialausgaben, öffentlichen Investitionen und öffentlicher Beschäftigung, Steuererhöhungen, teilweise sogar Lohnkürzungen,
- Medizin teilweise völlig falsch, ansonsten viel zu stark
- Kampf um die „beste“ Wettbewerbsposition innerhalb der EWU ist kontraproduktiv
- Maßnahmen nicht sozial ausgewogen und deshalb in der Wirkung noch negativer

Quelle: Foliensatz Dr. Rudolf Zwiener

Die Fehleinschätzung der Troika über die Wirkungen ihrer Politik lässt sich vor allem für Griechenland zeigen. Seit dem Frühjahr 2008 wurden in den Prognosen eine schnelle Stabilisierung der Ökonomie und die Rückkehr auf einen Wachstumspfad erwartet. Mit jeder neuen Prognose musste die Einschätzung nach unten korrigiert, der wirtschaftliche Absturz nachgezeichnet werden. Gleichwohl wurde immer wieder eine baldige Erholung prognostiziert.

Griechenland: BIP-Prognosen der EU Kommission im Zeitverlauf (in % gegenüber Vorjahr)

IMK Hans Böckler Stiftung



Quelle: Foliensatz Dr. Rudolf Zwiener

Die negativen Effekte der Kürzungspolitik auf die Wirtschaftsentwicklung wurden nicht gesehen oder massiv unterschätzt. Die Erholung war ausgeblieben. Mit der Verschärfung der Krise wuchs trotz der Haushaltskürzungen die Schuldenquote.

Notwendig gewesen wäre eine makroökonomische Koordinierung mit höheren Löhnen und höheren Investitionsausgaben in Deutschland und,

trotz Anpassungsmaßnahmen, zumindest stabile Löhne und stabile öffentliche Ausgaben in den Krisenländern.

Wie die betriebene **Austeritätspolitik auf die Lohnentwicklung** in den Krisenländern gewirkt hat, mit welchen Instrumenten sie umgesetzt wird und was das für die gewerkschaftliche Vertretung von Arbeitnehmerrechten durch die Gewerkschaften bedeutet, hat **Dr. Torsten Müller** vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) dargestellt.

Die Krise wird von der EU als Krise der preislichen Wettbewerbsfähigkeit interpretiert. Die Krisenländer haben ein Defizit in der Leistungsbilanz aufgebaut, weil ihre Produkte zu teuer seien. Da eine Abwertung der Währung innerhalb der Eurozone nicht möglich ist, wird eine Reduzierung der Arbeitskosten als Alternative zur Währungsabwertung gesehen (auch als reale oder interne Abwertung bezeichnet). Dabei wird ein sehr enges Verständnis der Rolle von Löhnen als zu minimierenden Kostenfaktor deutlich.

Löhne können durch direkte Eingriffe oder durch strukturelle Reformen der Tarifsysteme abgesenkt werden. Weil damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gesteigert wird, gelten solche Eingriffe in die Tarifaufonomie als beschäftigungsfördernd und wachstumsfördernd.

„Strukturelle Reformen“ der Tarifsysteme

DG ECFIN: „Beschäftigungsfreundliche Reformen“

- Reduzierung der Tarifbindung
- Reduzierung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
- Dezentralisierung von Verhandlungen
- Abschaffung/Einschränkung des Günstigkeitsprinzips
- Einführung/Ausweitung der Möglichkeit zur betrieblichen Abweichung von Flächentarifverträgen
- Generelle Reduzierung der Lohnsetzungsmacht von Gewerkschaften

Torsten Müller – industriAll Europe: Collective Bargaining Workshop, March 2014

Quelle: Foliensatz Dr. Torsten Müller

Durchgesetzt werden solche Maßnahmen über zwei Instrumente:

- Länderspezifische Empfehlungen im Rahmen des europäischen Semesters:
Dabei handelt es sich um ein Berichtssystem, welches für jedes Land und alle Politikbereiche erstellt wird.
- Memorandum of Understanding und Standby Arrangements:
Hilfsmaßnahmen für Krisenländer werden nur

bei entsprechender Absenkung der Löhne durch die Troika freigegeben.

Als Folge einer solchen Politik kommt es zu einer systematischen Aushöhlung von Flächentarifsystemen, einem dramatischen Rückgang der tarifvertraglich gesicherten Arbeitsverhältnisse und einem starken Druck auf die Höhe der Löhne. Deflationäre Tendenzen und ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sind die makroökonomischen Konsequenzen. Besonders dramatisch ist der Rückgang der Tarifbindung in Portugal. Von 2008 bis 2012 ging die Zahl der von Tarifverträgen gesicherten Arbeitsverhältnisse von 1,9 Millionen auf 328.000 zurück. Die Reallöhne sanken in Griechenland von 2009 bis 2013 um über zwanzig Prozent.

Auswirkungen auf Deckungsrate: Portugal

	2008	2009	2010	2011	2012
Sektorale Vereinbarungen	200	164	166	115	46
Unternehmensvereinbarungen	95	87	64	55	39
Anzahl der Allgemeinverbindlicherklärungen	137	102	116	17	12
Anzahl der von TV abgedeckten Beschäftigten	1.9 Mil.	1.4 Mil.	1.4 Mil.	1.2 Mil.	328,000

Torsten Müller – industriAll Europe: Collective Bargaining Workshop, March 2014

etui.

Quelle: Foliensatz Dr. Torsten Müller

Als gewerkschaftliche Handlungsstrategie gegen die Lohneingriffe wird vorgeschlagen:

- Die Verteidigung der nationalen Tarifvertragsysteme und der Tarifaufonomie.
- Eine Wirtschaftspolitik, die sich nicht allein an der preislichen Wettbewerbsfähigkeit orientiert.
- Einflussnahme auf europäische Entscheidungsprozesse im Rahmen des europäischen Semesters.

3. Krise in Europa – Krise in den Betrieben?

Zu diesem Thema diskutierten **Georg Leutert** (Ford), **Johannes Müllerschön** (CNH) und **Johannes Hauber** (Bombardier). **Dr. Aline Hoffmann** vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut moderierte die Diskussion.

Wie zeigte sich die Krise in den Unternehmen?

Die Branchen waren sehr unterschiedlich von der Krise betroffen. Vor allem in der Autoindustrie gab es heftige Einbrüche. Ford hatte 2007 in Europa zwei Millionen Autos produziert, 2013 waren es nur noch 1,25 Millionen. In den USA wurden 13 Werke geschlossen. Neue Kollegen bekamen nur noch die Hälfte des bisher üblichen Lohns.

Die Bahntechnik bei Bombardier hat sich dagegen als wenig konjunkturabhängig erwiesen. Allerdings wurden sinkende Auftragseingänge für eine restriktivere Personalpolitik genutzt. Die Landtechnik hat vom Trend zu immer stärkeren Schleppern profitiert. Bei Baumaschinen gab es aber einen deutlichen Einbruch.

Ist die Krise von den Unternehmern instrumentalisiert worden?

Die Erfahrungen waren in allen drei Unternehmen ähnlich: Der Druck auf die Belegschaften ist gewachsen, der soziale Dialog hat sich verändert. Der Standortwettbewerb wird härter, die Personalkostenvergleiche immer absurder. Standorte werden gegeneinander ausgespielt.

„Die Schließung eines Werks in Belgien ging so: In 5 Minuten hat man der Belegschaft erklärt, dass der Standort zumacht und dass es Sozialplanverhandlungen geben wird. Diese ‚Qualität‘ kannten wir bei Ford früher nicht.“

Georg Leutert (Ford)

Die EBRs haben häufig nicht die Kraft gehabt, sich gegen diese Entwicklung zu stemmen und eine europäische Zusammenarbeit der Standorte zu koordinieren.

Welche Ansätze gibt es für eine koordinierte Branchenpolitik?

Die Situation in den Branchen ist sehr unterschiedlich. Aus Sicht von Ford muss die Branchenpolitik dringend verbessert werden. In Deutschland funktioniert die Zusammenarbeit der Auto-Betriebsräte gut. Auf der Ebene von IndustriAll Europe läuft dagegen derzeit nichts, während IndustriAll Global besser funktioniert.

Bei den Branchentreffen der Bahnindustrie spielt natürlich auch die Politik immer eine große Rolle. Wichtiges Thema bei der Koordinierung sind die Arbeitsbedingungen, Überlastungen sind ein großes Problem geworden. Wichtig ist, dass die An-

sätze der Arbeitnehmer auch den Beschäftigten in den einzelnen Ländern bekannt gemacht werden, z.B. über Betriebsratszeitungen.

„Auf europäischer Ebene machen wir Branchenpolitik im sogenannten Train-Projekt, das auch von der EU gefördert wird. Nach drei Treffen ist daraus jetzt ein Ad-hoc-Ausschuss geworden.“

Johannes Hauber (Bombardier)

Die Landtechnik-Branchenarbeit findet in enger Zusammenarbeit mit der IG Metall statt, es gibt beispielsweise Branchenseminare. Wichtiges Thema zwischen den Standorten sind flexible Arbeitszeitmodelle.

Was sind die Erwartungen an die Politik?

Der Autosektor wird in Europa nicht mehr wachsen, der Konkurrenzdruck durch billige Anbieter wird stärker. Die Politik der EU unterstützt die Autoproduktion in Europa zu wenig.

„Standortwettbewerbe können wir nur gemeinsam verhindern, zum Beispiel können wir uns auf ‚rote Linien‘ verständigen, die kein Standort unterschreiten darf. Keinesfalls darf unsere Tarifautonomie abgeschafft werden.“

Georg Leutert (Ford)

Die EU geht vom Wachstum des Bahnsektors aus. Dann müssen auch entsprechende Gelder in den Ausbau der Netze fließen. Das würde Arbeitsplätze schaffen und die Verkehrswende fördern.

„Bei uns sind jetzt Welttreffen nötig, an dem alle Standorte vertreten sind. Denn vor drei Jahren ist der EBR bei der Trennung des Unternehmens in Fiat Auto und Fiat Industrie geplatzt, es gab einfach keine Sitzungen mehr, der Arbeitgeber hat keine einberufen.“

Johannes Müllerschön (CNH)

Wir brauchen schärfere Gesetze für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten. Gleichzeitig brauchen wir eine bessere Überwachung der Einhaltung dieser Gesetze.

Der folgende Text (grau hinterlegt) basiert auf einem Referat von Dr. Jannis Milios, Professor für Politische Ökonomie und Geschichte des ökonomischen Denkens an der TU Athen, Griechenland, vorgetragen von Giorgos Chondros, Bürgermeister einer kleinen Gemeinde in Mittellgriechenland, auf der makroöko-

nomischen Konferenz des IG Metall Vorstands am 29. April 2014.

5. Unter dem Diktat der „Troika“: Griechenlands und Europas Alternativen und Perspektiven

Die **Kürzungs- oder Austeritätspolitik**, die die **Troika**, bestehend aus EU-Kommission, EZB und IWF, seit Jahren Griechenland aufzwingt, hat die Krise nicht nur nicht gelöst, sondern regelrecht verschärft. Die Politik der Troika spiegelt damit die Interessen der wirtschaftlichen und politischen Eliten Griechenlands wider, ganz nach dem Motto: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Kein Wunder, denn das Programm der Troika wurde maßgeblich von konservativen griechischen Politikern und Unternehmensverbänden verfasst. Die Folgen dieser Politik sind für Griechenland, wie auch für die anderen Krisenländer, verheerend.

Die politischen Entscheidungen in Griechenland der letzten Jahre und die aufgezwungenen Maßnahmen der Troika führten beispielsweise zum Abbau von Arbeitsschutzbestimmungen, der Demontage der Sozialversicherungssysteme und zur massiven Privatisierung öffentlichen Eigentums. Die **Folge** war eine **drastische Einkommensumverteilung von unten nach oben**.

Die **wirtschaftlichen Auswirkungen konkret**: Das reale Bruttoinlandsprodukt ging seit 2009 bis heute um 23 Prozent zurück, das entspricht der schlimmsten Rezession seit dem 2. Weltkrieg. Die offiziell gemeldete Arbeitslosenrate stieg von 8,5 Prozent (2007) auf 27 Prozent (2013). Die Bruttoanlageinvestitionen liegen heute auf dem Niveau von 1996! Gegenüber 2009 haben die lohnabhängig Beschäftigten 2013 im Durchschnitt 45 Prozent ihrer Einkommen verloren (wegen Lohnkürzungen, steigender Arbeitslosigkeit, Inflation und höherer Steuerbelastung). Mittlerweile leben 35 Prozent aller Griechen unter der Armutsgrenze.

Zahlen und wirtschaftliche Entwicklungen und die katastrophalen Auswirkungen der Krise beschreibt **Giorgos Chondros** mit persönlichen Erfahrungen:

„Aufgrund der Krise sind viele Menschen in Griechenland nicht mehr in der Lage, ihre Stromrechnungen zu bezahlen, ihnen wird der Strom einfach abgestellt.“

Ich wohne in einem Haus mit fünf anderen, eigentlich gut situierten Familien. Zwei davon, sie haben

beide Kinder, wurde der Strom abgestellt. Da viele Griechen zu stolz sind, als dass sie es ihre Nachbarn merken lassen wollen, dass es ihnen schlecht geht, ließen sie am frühen Abend immer die Rollläden herunter, was in Griechenland absolut unüblich ist, nur um zu verhindern, dass von außen sichtbar ist, dass ihnen der Strom abgestellt wurde. Sie leben abends buchstäblich im Dunkeln.“

Was ist nötig, damit Griechenland wieder auf die Beine kommt?

Um den seit Jahren eingeschlagenen **Pfad der Kürzungspolitik zu verlassen und Wachstumschancen zu schaffen bzw. zu nutzen**, sind nach Ansicht von Jannis Milios sieben wirtschaftspolitische Bereiche neu zu gestalten und ein neues Produktionsmodell zu schaffen:

1. Um die Situation der Menschen im krisengeschüttelten Griechenland nachhaltig zu verbessern, muss **die Versorgung mit alltäglichen, lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen wieder gewährleistet werden**. Dazu gehören: ausreichend gute Nahrungsmittel auch und gerade für die Armen, Wohnraum, Heizung, (Trink-)Wasser, Energie und Internetzugang.
2. **Verbesserungen am Arbeitsmarkt**: Erhöhung des allgemeinen Mindestlohnes auf das Niveau von 2011, also von derzeit 586 auf 751 Euro pro Monat, vollständige Tarifbindung für alle ausgeführten Berufe und Tätigkeiten, Verbot von Leiharbeit, (Rück-)Umwandlung von prekärer Beschäftigung in sozialversicherungspflichtige, unbefristete (Vollzeit-)Arbeitsplätze, Bekämpfung der Schwarzarbeit, kurzum: Gewährleistung von „Guter Arbeit“ und sozialer Sicherheit.
3. **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** im Rahmen einer „sozialen Ökonomie“: Stillgelegte bzw. nicht genutzte Produktionsanlagen etc. durch neue Kooperationen von Arbeitslosen-, Jugend-, Arbeiter- und Bauernverbänden werden reaktiviert, um gesellschaftliche Bedarfe zu erfüllen. Ergänzt mit einem Investitionsprogramm.
4. **Öffentliche Kontrolle des Bankensektors und Investitionsförderung** auf lokaler, kommunaler und sektoraler Ebene. Die Kreditvergabe muss stets an eine Sozialcharta geknüpft werden.
5. In Griechenland öffnet sich die Einkommens-

und Vermögensschere seit Jahren immer weiter. Deswegen braucht es dringend die **Einführung eines gerechten, stabilen und einfachen Steuersystems, das die unteren und mittleren Einkommen entlastet und die höheren Einkommen und großen Vermögen stärker belastet**. Gerade die Wohlhabenden tragen seit Jahren viel zu wenig zum Gemeinwohl bei. Umverteilung von oben nach unten heißt die Devise. Nur so ist Steuergerechtigkeit möglich. Und damit die Grundlage für ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das sich an den sozialen und ökologischen Bedürfnissen aller orientiert.

6. **Wiederaufbau und Erweiterung demokratische Institutionen, um mehr Transparenz und soziale Kontrolle zu gewährleisten.** Bürgerentscheide stärken. Reform des öffentlichen Sektors, um ihn von Klientelismus und Korruption zu befreien.
7. **Verhandlungen mit EU-Behörden auf Augenhöhe über die Restrukturierung der Staatsschulden bzw. einen Schuldenschnitt.** Denn die Schulden wirken wie eine Bremse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Orientieren könnte man sich hierbei an der Londoner Schuldenkonferenz von 1953. Hier wurde Deutschland die Möglichkeit eingeräumt, seine Schulden erst mit einem wirtschaftlichen Aufschwung begleichen zu müssen.
8. **Griechenland braucht ein neues Produktionsmodell.** Zurzeit muss Griechenland bis zu 75 Prozent seiner Lebensmittel importieren. Das passt in den EU-weiten Plan, Absatzmärkte für z.B. die belgische, deutsche und österreichische Agrarindustrie zu garantieren. Griechenland muss wieder (mehr) Qualitätsprodukte herstellen und diese exportieren. Die Tourismusbranche muss ebenfalls wieder besser, d.h. qualitätsorientierter werden. Das Verschern griechischen Eigentums ins Ausland, wie Flughäfen, Häfen, Bahn etc. muss gestoppt bzw. rückgängig gemacht werden. Kleine innovative Betriebe sollen als Zulieferer gestärkt werden. Das sind Alternativen zur Kürzungspolitik, die auch Frau Merkel befürwortet, für ein demokratischeres, sozialeres und ökologischeres Europa. Für dieses Produktionsmodell braucht die griechische Ökonomie ihre qualifizierten Arbeitskräfte. Die Abwanderung qualifizierter Kräfte verhindert dies.

Aber auch auf der europäischen Ebene sind Reformen notwendig:

1. **Die öffentliche Kreditaufnahme muss von den Finanzmärkten entkoppelt werden**, die EZB soll Staaten in einem festgelegten Rahmen direkt finanzieren (dürfen).
2. **Die Geldpolitik der EZB muss unter demokratische Kontrolle gestellt und in den politischen Entscheidungsprozess der EU einbezogen werden.** Die EZB-Politik sollte mit zinsgünstigen Krediten Investitionen und damit Beschäftigung fördern.
3. **EU-weite Volksentscheide sind einzuführen**, damit die EU-Bürgerinnen und -Bürger die Möglichkeit haben, sofort und unmittelbar über die (notwendigen) Änderungen der EU-Verträge abstimmen zu können.

„Insgesamt ist ein gemeinsamer, europaweiter Kampf gegen die Kürzungspolitik notwendig!“

Giorgos Chondros

6. Alternative Lösungswege aus der Krise

Die Politik der EU setzt an einer falschen Krisenanalyse an. Die Anti-Krisenpolitik konnte damit nicht erfolgreich sein. Sie hat die Krise in vielen Ländern verschärft und eine massive soziale Spaltung der Gesellschaften verursacht. Ein Bereich, in dem die neoliberalen Politikmuster bei der Krisenbekämpfung verlassen wurden, war und ist die Geldpolitik. Die **Krisenpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB)** erläuterte **Dr. Marcel Fratzscher**, Präsident des DIW.

Von Anfang an, also bereits seit dem Herbst 2008, hat die EZB mit der großzügigen Bereitstellung von Liquidität gegengesteuert. Klassische Zinspolitik gehörte dabei ebenso in das Programm wie unkonventionelle Maßnahmen. Mit der Eurokrise ab dem Frühjahr 2010 wurden die Maßnahmen noch einmal ausgeweitet.

Massnahmen der EZB flexibel

- **Dimensionen der Geldpolitik**
 - Niedrige Zinsen
 - Liquidität
 - Übernahme von Risiko von EZB
- **Nicht-konventionelle Massnahmen**
 - Fixed rate - full allotment policy
 - Pfandbriefkaufprogramme (Juni 2009, Oktober 2011) und Securities Markets Programme (SMP) und OMT
 - Langfristige Refinanzierungsgeschäfte
 - Erweiterung des Sicherheitenrahmens
 - USD swaps mit US Fed

Quelle: Foliensatz Prof. Marcel Fratzscher

Hervorzuheben sind vor allem der Kauf von Staatsanleihen durch die EZB, die großzügige Vergabe von langfristigen Krediten im Umfang von einer Billion Euro an den Bankensektor im Frühjahr 2012 und die Ankündigung der EZB, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenstaaten zu kaufen (Outright Monetary Transactions oder OMT-Programm, Ankündigung im Sommer 2013).

Zweifelloos hat die Politik der EZB die Finanzmärkte stabilisiert und die Situation beruhigt. Sie war in diesem Sinne erfolgreich. Sie hat auch positive realwirtschaftliche Effekte gehabt. Die Geldpolitik kann die Probleme aber nicht lösen. Es wurde „Zeit gekauft“ für weitere Maßnahmen.

Risiken der expansiven Geldpolitik für Deutschland (1 niedrig, 6 hoch)

1. **Vermögensminderung** 2
 - Wirtschaftserholung wichtiger für Vermögenssicherung
2. **Reduzierung von Sparquote** 2
 - Zu hoch? ; positive Effekte auf Nachfrage, Wachstum
3. **Allokationsverzerrungen, Blasenbildung** 4
 - Ja, aber D Immobilien nicht unbedingt negativ
4. **Risikoverhalten, Finanzstabilität** 5
 - Herausforderung für Basel III und SSM
5. **Inflation** 2
 - Risiken sind da, aber symmetrisch

Quelle: Foliensatz Prof. Marcel Fratzscher

Es gibt aber auch negative Effekte dieser Geldpolitik. Weil sich die Lage entspannt hat, kann die Lösung der Probleme verschleppt werden. Zudem ist umstritten, ob die EZB-Politik durch ihr Mandat gedeckt ist. In Deutschland ist deswegen eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig.

Die Risiken der expansiven Geldpolitik werden in der deutschen Debatte allerdings massiv überschätzt. Vor allem das hierzulande oft beschworene Inflationsrisiko ist gering. Geldmengen und Kreditvolumina wachsen nicht, die Nachfrage im Euroraum ist nach wie vor insgesamt schwach. Unter diesen Bedingungen steigt eher das Deflationsrisiko massiv an.

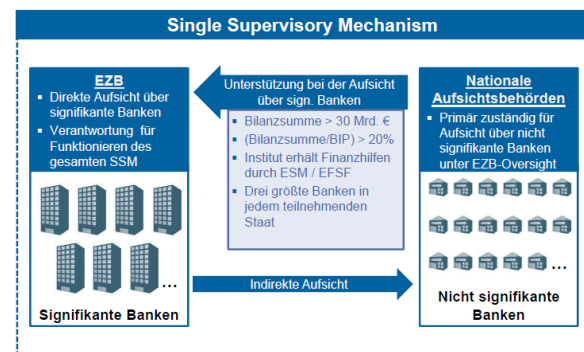
Die deregulierten Finanzmärkte und die Notwendigkeit, Banken durch öffentliche Gelder zu retten, haben zur Eskalation der Krise beigetragen. Mit der **Bankenunion** möchte die Europäische Union die Finanzmärkte dauerhaft stabilisieren. Die Funktionsweise der Bankenunion erklärte **Erich Loeper**, Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht bei der Deutschen Bundesbank.

Die Bankenunion besteht aus drei Elementen:

- Einheitlicher Aufsichtsmechanismus
- Einheitlicher Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus
- Einheitliches Einlagensicherungssystem

Die Aufsicht für wichtige (signifikante) Banken wird von den nationalen Aufsichtsbehörden auf die EZB übertragen. Die übrigen Banken bleiben unter der nationalen Aufsicht. Dieser Schritt ist beschlossen und wird derzeit umgesetzt.

I. Bankenunion – Die einheitliche europäische Aufsicht Zuständigkeiten



Erich Loeper, Deutsche Bundesbank
30. April 2014
Seite 4

Quelle: Foliensatz Erich Loeper

International hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht als Reaktion auf die Krise die Eigenkapitalanforderungen erhöht. (Basel III) Danach werden bis 2019 stufenweise die vorgeschriebenen Eigenkapitalquoten von 8 Prozent auf bis zu 16 Prozent erhöht. Mit der Übernahme der einheitlichen Aufsicht werden die Banken in Europa einem Stresstest unterzogen. Damit sollen etwaige Altlasten in den Bilanzen aufgespürt und die Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung überprüft

werden. Diese Phase soll im Herbst 2014 abgeschlossen sein.

In Vorbereitung befindet sich derzeit noch der einheitliche Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus. Damit soll es möglich werden, Banken im Falle der Insolvenz ohne Erschütterungen für das Finanzsystem abzuwickeln. Bei der Einlagensicherung wird es kein einheitliches System geben, sondern die nationalen Systeme sollen harmonisiert werden.

III. Resümee

Einheitlicher Aufsichtsmechanismus • Harmonisierung der Aufsichtspraxis • Vermeidung unangemessener Nachsichtigkeit der nationalen Aufsichtsbehörden • Bereinigung von bilanziellen Altlasten durch das comprehensive assessment
Einheitlicher Abwicklungsmechanismus • In Verbindung mit der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten: Bessere Verfügbarkeit von Werkzeugen für ein geordnetes Abwickeln von Banken • Minimierung des Einsatzes von Steuergeldern für die Abwicklung von Banken
Einheitliches Einlagensicherungssystem • Aktuell vom Europäischen Parlament entschiedene EU-Einlagensicherungsrichtlinie zielt auf die Harmonisierung von nationalen Einlagensicherungssystemen ab • Einheitliches und zentralisiertes EU-Einlagensicherungssystem ist derzeit nicht in Sicht

Erich Loeper, Deutsche Bundesbank
30. April 2014
Seite 12

Quelle: Foliensatz Erich Loeper

Noch nicht entschieden ist, ob es neben den risikogewichteten Eigenkapitalquoten auch noch eine Mindestanforderung an das Eigenkapital auf die gesamte Bilanzsumme geben soll (Leverage Ratio). Zunächst soll diese Größe als Melde- und Beobachtungskennziffer ermittelt werden. 2017 soll über die Einführung einer Mindestquote beschlossen werden.

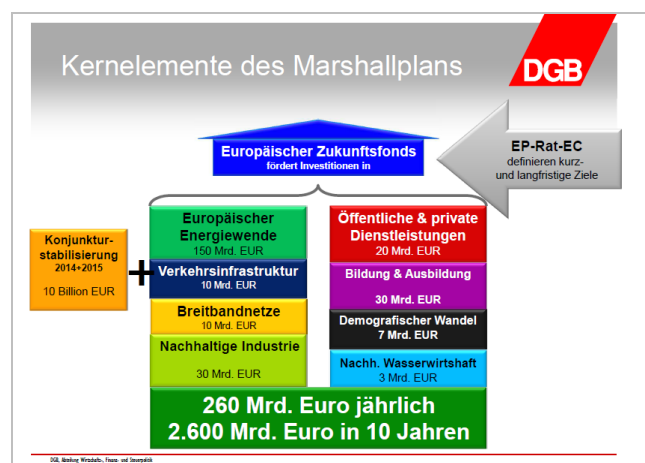
Insgesamt sieht Erich Loeper die Bankenunion auf gutem Weg. Der Bankensektor ist mit den neuen Regelungen deutlich robuster als vor der Krise. In der Diskussion wird das kritisch hinterfragt. Vor allem die Verlagerung von Finanzaktivitäten auf das weiter unregulierte Schattenbankensystem wird als großes Problem gesehen.

Die Austeritätspolitik hat die Krise verschärft, die Ökonomien in den Krisenländern stranguliert. Ohne Wachstumsinitiativen kommt Europa nicht aus der Krise. Die Gewerkschaften fordern deshalb ein umfassendes Investitions- und Aufbauprogramm für Europa. **Dr. Mehrdad Payandeh**, Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB Vorstand präsentiert den **Marshallplan der Gewerkschaften für Europa**.

Ziel des Programms ist ein nachhaltiges und stabiles Wachstum, verbunden mit hoher Wettbe-

werbsfähigkeit und einem hohen Einkommensniveau. Das ist auch die Voraussetzung für den Abbau der öffentlichen Schulden. Nach aller empirischer Erfahrung können sich Staaten aus der Verschuldung nicht heraus"sparen", sondern nur herauswachsen. Die Politik des Marshallplans verbindet materiellen Wohlstand, nachhaltige soziale Sicherungssysteme, nachhaltige Ökologie und nachhaltige öffentliche Finanzen.

Kernelement des Marshallplans ist die Auflage eines europäischen Zukunftsfonds. Dieser fördert über zehn Jahre Investitionen von zusätzlich 260 Mrd. Euro jährlich. Damit werden sowohl öffentliche Investitionen direkt finanziert als auch private Investitionen gefördert. Die meisten Mittel sind für Ausgaben für eine europäische Energiewende vorgesehen. Damit kann eine nachhaltige Energieversorgung auf Basis regenerativer Energien aufgebaut werden. Das ermöglicht eine erhebliche Verringerung der Emission von Treibhausgasen.

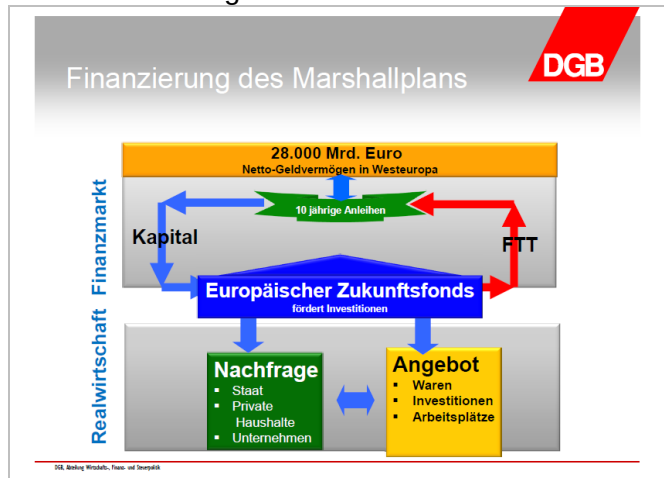


Quelle: Foliensatz Dr. Mehrdad Payandeh

Die ökonomischen Effekte eines solchen Programms wären enorm. Die Wirtschaftsleistung würde um 312 bis 390 Mrd. Euro steigen. 7,2 bis 11 Millionen neue Vollzeitarbeitsstellen würden geschaffen, Beiträge für die Sozialversicherungen würden steigen, Ausgaben für Energieimporte würden signifikant sinken.

Private Anleger können Anleihen für den Zukunftsfonds erwerben. Geldvermögen werden aus der Sphäre der Finanzmärkte in die Realökonomie zurückgeführt. Damit sich der Fonds ohne zusätzliche öffentliche Verschuldung (die im Fiskalpakt ausgeschlossen ist) und ohne Belastung der öffentlichen Haushalte rechnet, sind weitere Mittel notwendig. Eine Eigenkapitalausstattung des Fonds kann über eine Vermögensabgabe finanziert werden. Die Zinszahlungen werden über die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer bedient. Damit stehen die zusätzlichen Steuerein-

nahmen, die aus dem durch den Marshallplan angeregten Wachstum entstehen, den öffentlichen Haushalten uneingeschränkt zur Verfügung. Sie können damit öffentliche Schulden tilgen oder soziale Aufwendungen finanzieren.



Quelle: Foliensatz Dr. Mehrdad Payandeh

28 Billionen Netto-Geldvermögen existiert in Europa. Derzeit wird dieses Geld in Finanzprodukten angelegt. Das ist makroökonomisch sinnlos und fördert die Bildung von Finanzblasen. Gleichzeitig fällt es den Investoren schwer, überhaupt rentable und sichere Anlagemöglichkeiten zu finden. Mit dem Marshallplan fließt ein Teil dieser Mittel in Investitionen in die Ökonomie von morgen, in eine nachhaltige Entwicklung.

7. Für ein solidarisches und demokratischeres Europa

In der abschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Wie kann ein solidarisches und demokratischeres Europa gestaltet werden?“ diskutierten **Wolfgang Lemb** mit **Dr. Karl Pichelmann** von der Generaldirektion Ecofin der EU-Kommission, und **Sven Giegold**, Mitglied des Europaparlaments sowie finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im EP, **Thomas Fricke**, Chefökonom der European Climate Foundation und ehemaliger Chefökonom der Financial Times Deutschland sowie **Dr. Robert Hancké**, Dozent an der London School of Economics.

Moderator **Jürgen Zurheide** (WDR- und Deutschlandfunk-Moderator) griff die Themen der vorausgehenden Debatten auf, die ein überwiegend kritisches Bild der europäischen Krisenpolitik zeigten und sich insbesondere in einer deutlich ablehnenden Haltung gegenüber der EU-Kommission äußerten.

Dr. Karl Pichelmann gestand ein, dass die Kommission nicht mit den schlimmen Folgen des „An-

passungsprozesses“ insbesondere in Griechenland gerechnet hat. Der Anpassungsprozess sollte sich schneller vollziehen. Es hätte aber Uneinigkeit in Griechenland über den zukünftigen Kurs gegeben und die Kreditgeber zwangen zu einem besonders harschen Anpassungsprogramm, das zusätzlich durch die Finanzmarktbedingungen verstärkt wurde.

Auf die Frage Jürgen Zührheides, ob die Anpassungsprogramme nicht zu sehr auf die Anforderungen der Gläubiger und Finanzmärkte Rücksicht genommen hätten, erwiderte Dr. Karl Pichelmann, dass versucht worden wäre, auf soziale Aspekte Rücksicht zu nehmen. Dazu gehörte z.B., dass die Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor nicht so stark ausfallen sollten, wie sie es letztlich sind. Allerdings müsse man anerkennen, dass ein so starkes Anpassungsprogramm, wie es die Kommission in Griechenland vollzogen hätte, ohne soziale Härte nicht denkbar wäre. Man hätte die Verteilung der sozialen Lasten besser gestalten können, dies läge aber nicht der Zuständigkeit der Kommission, sondern der Nationalstaaten. So hätte sich die Kommission in einem „Memorandum of Understanding“ dafür ausgesprochen, dass Irland seinen Körperschaftssteuersatz erhöht, das wäre auf heftigen Widerstand Irlands getroffen.

„Die Kommission wird zwar immer als Diktator angesehen, aber ...: Dem Diktator sind Grenzen gesetzt!“

Dr. Karl Pichelmann

Dr. Karl Pichelmann sieht in der Beseitigung der makroökonomischen Ungleichgewichte eine Chance für mehr Wachstumsimpulse in Europa. Der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands müsse über eine Stärkung der Binnennachfrage abgebaut werden, wie dies auch im neuen Verfahren zur Überprüfung makroökonomischer Ungleichgewichte angemaht wurde. Die bedrohliche Situation in der griechischen Krankenversorgung hätte die EU Kommission im Blick und wolle über eine Task-Force dabei helfen, im ganzen Land die Wirtschaftsstrukturen zu verbessern und aufzubauen.

Die europäische Krisenpolitik kommt in der Bewertung von **Sven Giegold** deutlich schlechter weg als bei Dr. Karl Pichelmann. Das Europäische Parlament hätte Untersuchungen zu den Kürzungsprogrammen in Auftrag gegeben und die Ergebnisse entsprächen der unverblümten Offenheit von Herrn Pichelmann, der bestätigt, dass die Auflagen der Kreditgeber die Kommission zu den harschen Kürzungsprogrammen gezwungen hätten.

Die Troika sei im Rahmen der Europäischen Verträge nicht entscheidungsbefugt und die Entscheidungsverfahren seien höchst intransparent. Die einseitigen Anpassungsprogramme zeugen von einem Mangel an Demokratie und verletzen die Verträge, die zu sozialer Kohärenz verpflichten. Die Möglichkeit der Organklage war auf Grund der fehlenden Mehrheit im Europäischen Parlament nicht gegeben.

Sven Giegold hätte es vorgezogen, durch eine Beseitigung der makroökonomischen Ungleichgewichte, aus der Krise herauszuwachsen. Dafür hätte es aber einer viel höheren Solidarität der Überschussländer bedurft, für die es keine Mehrheiten gab. Der beschrittene Weg der Schrumpfung der Staatsverschuldung sei zwar notwendig gewesen, aber viel zu hart und einseitig auf Ausgabenkürzung ausgelegt. Ein europäisches Steuerkonzept wäre nötig, das weniger Steueroasen, einen Mindeststeuersatz und somit eine Beteiligung der Vermögenden an den Krisenfolgen führe. So wären die Korrekturen am Budget durch weniger Schrumpfung möglich.

Auch Sven Giegold musste sich der Frage von Jürgen Zurheide nach dem ökonomischen Modell der Zukunft stellen, das den Menschen Arbeit und Würde zurückgeben soll. Sven Giegold stellte fest, dass die makroökonomischen Korrekturleistungen vollbracht seien, denn die Leistungsbilanzen der Krisenländer seien ausgeglichen. Es gehe jetzt um die Frage, wie es zu neuem Wachstum in den Ländern kommt. Dafür biete die diversifizierte griechische Wirtschaft Potenziale, beispielsweise im Tourismus oder in der Pharmaindustrie.

„Klar ist, aus Griechenland wird in den nächsten Jahren nicht Baden-Württemberg werden, aber ein Green New Deal oder Marshallplan sind gute Ansätze für eine Belebung der griechischen Wirtschaft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.“

Sven Giegold

Auch **Thomas Fricke**, der den heftigen wirtschaftlichen Absturz der europäischen Wirtschaft in den Jahren 2008/2009 als ehemaliger Chefökonom – Financial Times Deutschland – miterlebte, nimmt eine sehr kritische Haltung zur europäischen Krisenpolitik ein. Es sei skandalös, wie sich die Kommission verhalten hat. Sie hätte jegliche historische Erfahrung aus früheren Wirtschaftskrisen, dass Sparprogramme schädlich sind, ignoriert. Es hätten sich die zu erwartenden katastrophalen Folgen eingestellt.

„Im Moment ist die EU wirtschaftlich in einer Phase, in der die Entwicklung auf der Kippe steht. Die drohende Deflation ist besorgniserregend. Positive Nachrichten, die auf den Erfolg der Anpassungsprogramme verwiesen, sind zynisch.“

Thomas Fricke

Daraus müsse die Lehre gezogen werden: Wir haben in den Krisenländern alles falsch gemacht.

Die derzeitigen leichten Zeichen der Erholung basieren auf Nachholeffekten, die deshalb so stark ausfallen, weil sie sich auf einem sehr niedrigen Niveau bewegen. Durch Aufbauprogramme würde man zwar keine blühenden Landschaften schaffen. Es gäbe aber teilweise gut entwickelte Industriestrukturen, die von solchen Investitionsprogrammen profitieren und Wachstum schaffen würden. Besonders wichtig sei es aber, die richtigen Lehren aus den falschen Entscheidungen zu ziehen und diesen Pfad nicht weiter zu verfolgen.

Mit **Dr. Robert Hancké**, der als Dozent an der London School of Economics arbeitet, konnten die Konferenzteilnehmer einen Blick „von außen“ auf die Krise in der Eurozone werfen. Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben eine expansivere Budgetpolitik gefahren und sind insgesamt besser aus der Krise gekommen. In der Einschätzung von Robert Hancké haben Großbritannien und die Vereinigten Staaten nicht dieselbe Politik betrieben. Während die USA durchgängig eine sehr expansive Budgetpolitik betreiben, sehen wir in Großbritannien eine „Stop-and-go-Politik“. Derzeit befinde sich das Land in der Situation, dass man hinsichtlich des Bruttoinlandsprodukts die Entwicklung von vor sieben Jahren eingeholt hätte. Sehr förderlich wäre die expansive Geldpolitik der Bank of England und der Federal Reserve.

Auf die Frage von Jürgen Zurheide, welche Rolle es dabei spielt, dass die Briten nicht Mitglied der Eurozone sind, meinte Robert Hancké, dass die Krisenländer nicht die Korrekturmöglichkeit der Auf- und Abwertung hätten, sodass die Anpassung direkt durchschlagen würde. Die gemeinsame Währung und Geldpolitik hätte auch schon vor dem Krisenausbruch Probleme bereitet: Die von der EZB gesetzten Nominalzinsen führten für Deutschland und seine niedrige Inflation zu hohen Realzinssätzen, wodurch Deutschlands Wirtschaft ausgebremst und die deflationären Tendenzen gestärkt wurden. Das hätte auch Auswirkung auf die Lohnpolitik gehabt, die zum Teil selbst verantwortet werden muss, zum Teil aber auch strukturell vorgegeben wurde. In Italien, Spanien und Griechenland gab es genau die gegenteiligen Ef-

fekte. Daher sei es zwar richtig, die Verfehlungen der Troika festzuhalten. Es gäbe aber ein sehr viel strukturelles Problem, das nur schwer zu lösen sei.

„Es gibt im Grunde zwei Lager, die sich in ihrer Einschätzung, wie die Probleme zu lösen sind, deutlich voneinander unterscheiden. Die einen sagen, die Staatsdefizite wären das Problem. Das führte zur Austeritätspolitik. Die anderen sagen – dazu gehöre auch ich – dass das fehlende Wachstum das Problem ist. Ohne Wachstum kommen wir nicht aus der Krise heraus. Mit Austeritätspolitik ist das nicht zu schaffen.“

Dr. Robert Hancké

Es gäbe im Grund zwei Lager, die in ihrer Einschätzung, wie die Probleme zu lösen sind, sich deutlich voneinander unterscheiden. Die einen sagen, die Staatsdefizite wären das Problem. Das führte zur Austeritätspolitik. Die anderen, dazu gehöre auch er selbst, sagen, dass das fehlende Wachstum das Problem sei. Ohne Wachstum kommen wir nicht aus der Krise heraus. Das strukturelle Problem sei schwieriger zu lösen. Robert Hancké meinte, es müsse bei Divergenzen in der Eurozone eine der jeweiligen Situationen in den Ländern angepasste antizyklische Politik geben. Das heißt, wenn die Konjunktur beispielsweise in Spanien überhitzt, müsste gebremst werden, etwa durch eine Art „Inflations- oder Wachstumssteuer“. Wir brauchen also eine antizyklische keynesianische Politik.

Eine ganz entscheidende Frage für die Gewerkschaften und für uns, die IG Metall ist, wie wir die Krisenursachen bewerten und was wir zur Krisenbewältigung und zur Stabilisierung beitragen können. Jürgen Zurheide fragte Wolfgang Lemb nach seiner Einschätzung, was falsch gelaufen sei.

Wolfgang Lemb kritisierte die Krisenpolitik der Kommission und bewertete das Bedauern von Dr. Karl Pichelmann als nicht glaubwürdig, angesichts des radikalen 25-prozentigen-BIP-Verlustes und der Verarmung in Griechenland. Dies sei keine nachhaltige Politik. Es dürfe aber nicht nur die Kommission dafür verantwortlich gemacht werden. Entscheidend seien die realen politischen Verhältnisse für einen notwendigen Pfadwechsel, auch in Deutschland. Zwar greife die Koalitionsvereinbarung durchaus positive Aspekte zum Beispiel zur Industriepolitik auf, aber: die Richtung, die die derzeitige Regierung in Deutschland europapolitisch vorgibt, sehe keinen Pfadwechsel vor. Stattdessen propagiert sie ein „Weiter so!“.

Das Korrekturpotenzial für einen Pfadwechsel bestünde in der Generierung nachhaltigen Wachstums. Der Marshallplan ist ein gut durchgerechneter Investitionsplan. Das industriepolitische Manifest von industriAll Europa, das am 2. April 2014 verabschiedet wurde, stellt gemeinsame Forderungen der europäischen Industriegewerkschaften für den Erhalt und Aufbau der industriellen Beschäftigung in Europa. Allerdings müssen die politischen Mehrheiten für ein soziales Europa noch geschaffen werden.

Am ersten Tag der Konferenz wurde die Rolle von IndustriAll Europe in der Diskussion kritisch eingeschätzt. Georg Leutert von Ford sprach davon, dass er sehr unzufrieden mit der Ausschussarbeit bei industriAll sei. Wolfgang Lemb verwies darauf, dass industriAll erst zwei Jahre alt sei und sich mit all den auftretenden Problemen noch in der Entwicklungsphase befände. Es sei deshalb zu früh, das Kind schon zu Grabe zu tragen. Es dürfe zudem nicht vergessen werden, dass dies ein Zusammenschluss der drei großen europäischen Industriegewerkschaftsverbände, EMF (Metall/Elektro), EMCEF (Chemie/Energie) und ETUF-TCL (Textil/Bekleidung) sei und die daraus resultierenden unterschiedlichen Sichtweisen und historischen Entwicklungen vereinen müsse. Das müsse stärker zusammenwachsen und die Effektivität verbessert werden.

Die europäische Ausrichtung der deutschen Gewerkschaftspolitik sollte gestärkt, sowie die Europäisierung der gewerkschaftlichen Betriebspolitik vorangetrieben werden. Hierbei sei es wichtig, sich in Standortauseinandersetzungen besser zu koordinieren und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Die europäische Standortkonkurrenz müsse minimiert und der direkte Austausch entlang der Wertschöpfungsketten verbessert werden. Ersten richtigen Schritten sollten weitere folgen.

„Die europäische Ausrichtung der deutschen Gewerkschaftspolitik muss gestärkt sowie die Europäisierung der gewerkschaftlichen Betriebspolitik vorangetrieben werden. Hierbei ist es wichtig, sich in den Standortauseinandersetzungen besser zu koordinieren und gemeinsame Strategien zu entwickeln.“

Wolfgang Lemb

Dr. Robert Hancké bestärkte Wolfgang Lemb in seiner Einschätzung. Kurzfristig sei eine starke Europäisierung der Gewerkschaftsarbeit wichtig. Bis in die 90er Jahre wären die deutschen Betriebsräte nicht von der Notwendigkeit gemeinsa-

mer europäischer Gewerkschaftspolitik überzeugt gewesen, weil es die eigenen starken Vertretungsstrukturen durch die Mitbestimmung gab. Dies hätte sich jetzt geändert und das sei ein guter Weg.

In der **Diskussion mit den Konferenzteilnehmern** verwies **Giorgos Chondros** darauf, dass es verwerflich sei, griechisches Missmanagement allein verantwortlich für die Probleme zu machen. Es seien auch bei den Hilfsmaßnahmen Fehler begangen worden. So flossen die Hilfgelder größtenteils in die Rekapitalisierung der Banken. Banken seien quasi verstaatlicht worden, das Stimmrecht blieb aber bei den Privatbankiers. Auch wurden vor allem ausländische Gläubiger bedient und damit auch ausländische Banken gestützt. **Dr. Karl Pichelmann** verteidigte die Rettungspolitik damit, dass die Gläubiger die Zahlungen zu Recht erhielten, so zahle man auch erst den Vermieter aus, wenn der Mieter seine rückstelligen Mietschulden nicht begleichen könne. Hätte man die Gläubiger nicht bedient, wäre es zu erheblichen Verwerfungen an den Finanzmärkten gekommen. Fehler seien zwar auch in der Krisenbekämpfung begangen worden, aber viel schlimmer als diese seien die im Vorfeld der Krise gewesen. Dazu gehören die Entwicklung der globalen Finanzmärkte und die sich aufbauenden makroökonomischen Ungleichgewichte. Die Anpassungen und damit die enormen sozialen Einschnitte wären auf Grund des Ausmaßes der Ungleichgewichte und der fehlenden Bereitschaft von privaten und öffentlichen Kreditgebern zur weiteren Finanzierung alternativlos gewesen. Die Verfahren zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte seien ein weiterer wichtiger Schritt der Kommission. Es gibt systemische Lücken in der Wirtschafts- und Währungsunion Europas, die jetzt notdürftig geschlossen worden seien.

Nach der Einschätzung von **Sven Giegold** gibt es makroökonomische Instrumente zur Krisenbewältigung, die Pläne würden jedoch nicht umgesetzt. Es gebe zwar eine gemeinsame Geldpolitik, aber keine gemeinsame Fiskalpolitik und nur eine informalisierte Koordinierung der Wirtschaftspolitik auf Grund fehlender Durchgriffsmöglichkeiten. Zwar wird eine Symmetrie bei den makroökonomischen Ungleichgewichten angestrebt, aber die vorhandenen Instrumente wurden insbesondere für Deutschland so angepasst, dass sehr viel höhere Ungleichgewichte nach oben hin akzeptiert werden und Sanktionen in diesem Fall nicht verhängt werden. Diese Entscheidung wäre deshalb so fatal, weil Sanktionen die einzigen Steuerungsinstrumente sind, die der EU bei den makroöko-

nomischen Ungleichgewichten bleiben. Ein weiteres Mittel zum Ausgleich der makroökonomischen Ungleichgewichte würde eine europäische Arbeitslosenversicherung darstellen. Der Europäische Haushalt wäre die logische Quelle für Investitionen in Krisenländern, dieser wurde aber jüngst durch Kürzungen weiter geschwächt. Für gemeinsame europäische Investitionsinstrumente müsste gemeinsam gestritten werden. Wenn jetzt keine Widerstände gegen antieuropäische Bewegungen geleistet würden, dann seien die europäische Idee an sich und damit die soziale und demokratische Zukunft in Gefahr.

„Die zentrale Frage ist, wie kann ein solidarisches und demokratisches Europa gestaltet werden. Dazu müssen wir uns fragen, wie kriegen wir die richtige Krisenanalyse und die richtigen Pläne zur Krisenlösung in die Köpfe der Menschen und wie in die Politik?“

Teilnehmerin

Abschließend betonte **Wolfgang Lemb** das zunehmende Engagement der IG Metall auf der europäischen Ebene. Mit dem Brüsseler Büro wolle die IG Metall ihre Mittel für die Präsenz der Gewerkschaften in Europa steigern. Dieser Weg sei eingebettet in eine europäische Strategie und dies als Ergänzung und nicht gegen die europäischen Verbände EGB und industriAll.

Zwei Konferenzteilnehmer lenkten die Debatte auf die europäische Lohnkoordinierungsformel (Zielinflationsrate plus Produktivitätsentwicklung) die Wolfgang Lemb in seiner Auftaktrede erläutert hatte. Diese sei dazu geeignet, Inflation, Produktivität und Lohnstückkosten im Euroraum zu synchronisieren, damit diese sich nicht weiter auseinander entwickeln.

„Um die praktische Umsetzung der Koordinierungsregel zu verbessern, muss ein Berichtssystem, ein europäisches Semester der Gewerkschaften aufgebaut werden. Bei der Auswertung dieser Berichte sind die langfristigen Verteilungsrelationen und die wirtschaftlichen und strukturellen Bedingungen in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen.“

Wolfgang Lemb

Wolfgang Lemb verwies darauf, dass die europäische Lohnkoordinierung auch in den nächsten Tarifverhandlungen hier in Deutschland berücksichtigt werden würde. Mit industriAll zusammen wolle die IG Metall diese Abstimmung in nächster Zeit noch verstärken. Zentral wird dabei die Diskussion in den Betrieben sein.

„Die IG Metall kann etwas bewegen, aber nur wenn wir die Erfordernisse der EU den Kollegen in den Betrieben nahebringen. Dazu gehört insbesondere die Wahlmotivation, denn die wichtigen Fragen, die wir gestern und heute hier besprochen haben, werden von der parlamentarischen Mehrheit im Europaparlament entschieden.“

Wolfgang Lemb

Fazit

Die Vorträge und Debatten der Konferenz machten deutlich, dass die wahren Ursachen der Krise in Europa nicht oder zu spät erkannt und demzufolge auch mit einer verfehlten Strategie bekämpft wurden. Die zunehmende private Verschuldung im Vorfeld der Krise, die sowohl von den günstigen Finanzierungsbedingungen als auch durch eine zunehmend ungleiche Einkommensverteilung getrieben wurde, bildete den Nährboden für die Finanzkrise. Maßnahmen zur Krisenbekämpfung befeuerten die öffentliche Verschuldung. Das rasche Einlenken auf einen Konsolidierungskurs für die öffentlichen Haushalte durch Ausgabenkürzungen, erzwungen von systemischen Konstruktionsmängeln der Währungsunion (fehlende Fiskalunion) aber auch durch spekulativ agierende deregulierte Finanzmärkte, verschärften die Krisensituation in Europa. Die dramatischen sozialen Folgen in den Krisenländern wurden unterschätzt oder gar in Kauf genommen.

Die Wahlergebnisse zeichnen ein klares Votum der Betroffenen für ein soziales Europa, dessen Politik sich der Situation der gesellschaftlich Schwachen annimmt und alles dafür tut, um auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurück zu kehren. Auch die Krisenpolitik muss sozial gestaltet werden. Handlungsspielräume gibt es vor allem in den wirtschaftlich besser gestellten nördlichen Mitgliedsstaaten der Union, darunter auch Deutschland. Diese müssen für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und zur Lenkung privater Investitionen in gesellschaftliche Bereiche, die eine ökonomische, ökologische und soziale nachhaltige Entwicklung in Europa gewährleisten genutzt werden. Der Marshallplan zeigt einen Weg auf, wie dieses Ziel realisiert werden kann.

Die Wahlergebnisse zeigen aber auch, dass die Bürgerinnen und Bürger unzufrieden sind mit den zentralen und undemokratischen Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene, die sich ihrer Kontrolle entziehen. Deswegen müssen die demokratischen Kräfte gebündelt und gestärkt werden, um einem weiteren Auseinanderdriften Europas entgegenzuwirken. Das heißt: nicht weniger, sondern mehr Europa.

Für die IG Metall besteht der Handlungsauftrag darin, dass die Europapolitik weiter gestärkt werden muss. Viele Entscheidungen werden nicht mehr auf der nationalen Ebene, sondern auf der europäischen Bühne getroffen. Das gilt für die große Politik ebenso wie für die

Betriebspolitik. Unternehmen mit betrieblichen Standorten in verschiedenen Ländern der Europäischen Union steuern ihre Abläufe zentral. Dabei spielt die Situation vor Ort häufig nur eine untergeordnete Rolle, zum Leidwesen der Betroffenen. Das bestärkt unser Bestreben, betriebspolitisch europäischer zu denken und zu agieren. Das gilt auch für die Tarifpolitik, insbesondere für eine gewerkschaftliche Koordinierung der Lohnentwicklung, die durch industriAll Europe mit der gemeinsamen „Lohnkoordinierungsregel“ weiter gestärkt werden muss. industriAll Europe muss solidarisch gestaltet und gleichzeitig unsere Präsenz in Brüssel gestärkt werden.

Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen

02 / 2014

Juni 2014

Autoren:

Martin Krämer, Wilfried Kurtzke, Beate Scheidt

Grafiken:

Die Grafiken im Text wurden uns freundlicherweise von den Referenten zur Verfügung gestellt.

Referenten:

Prof. Dr. Moritz Schularick, Universität Bonn
Prof. Dr. Peter Bofinger, Universität Würzburg
Dr. Rudolf Zwiener, IMK
Dr. Torsten Müller, EGI
Giorgos Chondros
Prof. Dr. Marcel Fratzscher, DIW
Erich Loeper, Deutsche Bundesbank
Dr. Mehrdad Payandeh, DGB

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand
FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik

Sarah Schäfer (sarah.schaefer@igmetall.de)

D-60519 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (69) 6693 - 2091

Fax : +49 (69) 6693 80 2091

Web: www.igmetall.de/download

Interesse an weiteren ökonomischen Publikationen?

Bitte Email an: sarah.schaefer@igmetall.de